



Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -

am 24.01.2011

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 20:15 Uhr

Das Gremium besteht aus Bürgermeister und 14 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Bürgermeister Kuhlmann

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele
Herr Stadtrat Brenner
Herr Stadtrat Compter
Herr Stadtrat Deeng
Herr Stadtrat Herzhauser
Herr Stadtrat Keil
Frau Stadträtin Kübler
Herr Stadtrat Nuding
Herr Stadtrat Pfender
Herr Stadtrat Rieger
Frau Stadträtin Sonntag
Herr Stadtrat Weber
Herr Stadtrat Zügel

Stellvertreter/in:

Herr Stadtrat Funk

entschuldigt:

Herr Stadtrat Braig

Gäste:

Herr Wolfram, Firma Wolfram
Herr Kirschke, Firma Sührenberg
Herr Riethe, Verbandsdirektor Regionalverband Donau-Iller

Verwaltung:

Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Herr Walz, Gebäudemanagement
Herr Raumel, Stadtbücherei
Herr Jucker, Stadtbücherei
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt
Frau Christ, Stadtplanungsamt
Herr Kopf, Hochbauamt
Herr Rechmann, Tiefbauamt
Herr Stiehle, Tiefbauamt
Herr Merkle, Baubetriebsamt
Herr Schilling, Stadtwerke Biberach GmbH
Frau Markieton, Schriftführung

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Besichtigung: Neues Beleuchtungskonzept bei der Stadtbücherei	
2.	Informationen	
2.1.	Regio-S-Bahn Donau-Iller - Vorstellung durch Regionalverband	
2.2.	Ampelschaltung am Bismarckring	
2.3.	Unterhaltungsmaßnahmen Anl. 3 über 10.000 € - Erläuterungen	
2.4.	Sanierung Altlast Lehmgrube	234/2010
3.	Bebauungsplanänderung im vereinfachten Verfahren "Talfeld III"	235/2010
4.	Vergabe von Turnusarbeiten für das Rechnungsjahr 2011	230/2010
5.	Stadtbücherei - neues Beleuchtungskonzept zur Beseitigung bestehender Sicherheitsmängel in der Beleuchtung	232/2010
6.	Bekanntgaben	
6.1.	Bekanntgaben: Winterdienst - Auswirkungen des Salz mangels	
7.	Verschiedenes	
7.1.	Verschiedenes: Umgehungsstraße Ringschnait	
7.2.	Verschiedenes: Abbruch des Stahlstegs	
7.3.	Verschiedenes: Bau eines Technologiezentrums im Baugebiet "Aspach"	
7.4.	Verschiedenes: Verkehrskonzept Innenstadt	
7.5.	Verschiedenes: Zukunft des "Roten Ochsen", Marktplatz 24	
7.6.	Verschiedenes: Endausbau des Baugebietes "Klotzholzäcker"	
7.7.	Verschiedenes: Winterdienst - Räumung von Nebenstraßen	
7.8.	Verschiedenes: Grüner Pfeil an Kreuzung Adolf-Pirrung-Straße/Bismarckring	

Die Mitglieder wurden am 12.01.2011 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 15.01.2011 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Besichtigung: Neues Beleuchtungskonzept bei der Stadtbücherei

Der Bauausschusssitzung geht ein öffentlicher Ortstermin zur Besichtigung des neuen Beleuchtungskonzepts der Stadtbücherei voraus.

Herr Walz stellt das neue Beleuchtungskonzept für die Stadtbücherei vor und geht hierbei auf den Anlass, die Anforderungen und die Leuchten im Einzelnen für die verschiedenen Bereiche - zunächst für die Lesekojen bzw. die Verkehrswege - ein. Auf Nachfrage von StRin Kübler und StR Keil erläutert er, ein einheitliches Erscheinungsbild der Beleuchtung in der Bücherei sei der Verwaltung wichtig. Auf die Bitte von StR Abele stellt er die von den bestehenden Leuchten ausgehende Brandgefahr nochmals dar.

StR Abele erkundigt sich im Hinblick auf die Kosten, ob die Decke denn nicht einfach auf das erforderliche Maß abgehängt werden könne.

BM Kuhlmann und Herr Walz betonen, eine solche Lösung würde die gestalterische Wirkung der Querbalken beeinträchtigen und werde daher nicht befürwortet.

StR Heinkele vermutet, dass bei einem Ausbau der bisherigen Deckenbeleuchtung die jeweiligen Holzbohlen wegen der dann sichtbaren Löcher ausgetauscht oder stattdessen Rosetten eingesetzt werden müssen.

Auf Nachfrage von StR Keil bestätigt BM Kuhlmann, dass das Gebäude unter Denkmalschutz steht.

StR Abele stellt vor diesem Hintergrund fest, dass bei einem Abhängen der Decke der Status Quo des Kulturdenkmals erhalten bleiben könne. Ihn wundere, dass die Verwaltung diese Lösung nicht als Alternative vorgeschlagen habe.

Herr Walz und Herr Raumel weisen darauf hin, dass die Decke in diesem Fall um bis zu 10 cm abgehängt werden müsse und die bestehenden Strahler trotzdem keine bauaufsichtliche Zulassung hätten.

BM Kuhlmann bittet Herrn Walz zu prüfen, ob bei dem geplanten Beleuchtungskonzept die Deckenpaneele tatsächlich ausgetauscht werden müssen.

Herr Walz sagt dies zu und betont, sofern es günstiger sei, werde man gerne - wie vorgeschlagen - Rosetten verwenden. Dem Gremium werde er hierzu ein Muster vorlegen. Auf Nachfrage von StR Abele beziffert er die Gesamtkosten der Maßnahme auf 192.000 €. Der ursprünglich geplante Austausch der Holzbohlen sei in dieser Summe enthalten.

Zu den Lese- und Bildschirmbereichen führt Herr Walz weiter aus, der zunächst angedachte Einbau von LED-Spots erbringe nicht die gewünschte Verbesserung gegenüber der bestehenden, unzureichenden Belichtungssituation in diesen Bereichen. Er bittet die diesbezügliche Entscheidung daher heute noch zurückzustellen und erklärt, in der kommenden Woche finde hierzu ein abschließendes Gespräch mit dem Leuchtenplaner statt. Sollte sich keine befriedigende Lösung mit LED-Spots finden, denke man an eine flächige Beleuchtung, wie sie auch im Erdgeschoss vorgesehen sei.

Auf Nachfrage von StR Rieger erklärt BM Kuhlmann, dass man den PC-Bereich mit anderen Lichtelementen versehen wolle als die Kojen, habe atmosphärische Gründe.

TOP 2.1 Regio-S-Bahn Donau-Iller - Vorstellung durch Regionalverband

Herr Riethe, Verbandsdirektor des Regionalverbands Donau-Iller, stellt das Stufenkonzept "Regio-S-Bahn Donau-Iller" anhand der dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügten Präsentation vor.

Ziel sei eine Steigerung der Attraktivität des Schienennahverkehrs durch eine deutliche Taktverbesserung (30-Minuten-Takt) sowie die Einbindung weiterer Haltestellen. Eine einheitliche Bezeichnung der einzelnen Strecken (S1, S2, etc.) sowie feststehende, gleichbleibende Abfahrtszeiten zu jeder (halben) Stunde würden dabei die Nutzung des Schienennahverkehrs für die Fahrgäste vereinfachen.

StR Abele hält diese Entwicklung für äußerst begrüßenswert. Er versichert sich, dass sich die Regio-S-Bahn nicht auf die Eilzugverbindungen auswirken wird und erkundigt sich, wie eine verbesserte Anbindung der Gemeinden zwischen Ummendorf und Aulendorf forciert werden könne. Eine solche wäre aus seiner Sicht auch für die Stadt Biberach sehr vorteilhaft. Er bittet zudem um nähere Informationen zur Finanzierung der Maßnahme - insbesondere zu den diesbezüglichen Auswirkungen für die Kommunen.

StR Nuding interessiert, wie sich die geplante Regio-S-Bahn mit der Taktung des DING kombinieren lässt und ob für das Vorhaben eine Marktanalyse bzw. eine Akzeptanzstudie vorliegt. Er möchte zudem wissen, ob es in Ulm für die Regio-S-Bahn künftig einen eigenen S-Bahnsteig geben wird.

StR Zügel wünscht sich weitere Informationen zur Rentabilität bzw. Auslastung der Regio-S-Bahn als auch zum Fahrpreis. Er spricht sich für ein übersichtliches Tarifsysteem aus und erkundigt sich nach der Antriebsart der S-Bahnen. Auch ihn interessieren die Kosten - nachdem der Gleiskörper im Eigentum der Bahn stehe, sei dieser für die Regio-S-Bahn wohl anzumieten. Unklar sei ihm jedoch, wer die eventuell benötigte, neue Triebwagengeneration anschaffen wird.

StR Weber wirbt dafür, das Zugfahren für die Bürger lukrativ zu gestalten – erst und nur dann würden diese vermehrt vom Auto auf die Schiene umsteigen. Ein wichtiger Schritt hierfür sei die Elektrifizierung - desweiteren gelte es, die Anbindung auch über Aulendorf hinaus zu verbessern. Er wünscht sich nähere Informationen zum Zeitplan der Maßnahme sowie zu den künftigen Windkraftstandorten in der Region.

StR Keil stellt fest, dass bei den S-Bahn-Verbänden in Deutschland die unterschiedlichsten Modelle hinsichtlich der Beteiligung der Deutschen Bahn AG bestünden. Ihn interessiert, ob die Umsetzung der Elektrifizierung beschleunigt werden könne, indem man anstelle eines Dritten die Bahn als Mitbetreiber der Regio-S-Bahn wähle.

Herr Riethe versichert, dass die Regio-S-Bahn die Eilzugverbindungen nicht beeinflussen wird. Dagegen werde sich das Projekt "Stuttgart 21" positiv auf diese Verbindungen auswirken. So sei die Weiterführung der künftigen, zweistündigen Verbindung von Stuttgart nach Ulm über die schnelle Neubaustrecke bis nach Friedrichshafen im Gespräch. Er versichert, dass die stündliche Verbindung über die alte Strecke (Sprinter) daneben weiterhin bestehen werde.

Für eine Verbesserung der Anbindung in Richtung Aulendorf – finanziert durch die Länder – bestehe derzeit kein ausreichendes Potential an Pendler- und Schülerverkehr. Er erläutert hierzu, das Land finanziere lediglich Anbindungen, welche die durchgeführte Hauptstudie als wirtschaftlich sinnvoll vorsehe - für zusätzlich gewünschte Verbindungen müssten der Landkreis bzw. die ent-

sprechenden Körperschaften selbst Geld in die Hand nehmen. Denkbar sei hier beispielsweise die Gründung einer Gesellschaft für diesen Zweck – unter kostenmäßiger Beteiligung der Landkreise sowie der Kommunen.

Grundlage für die geplante Regio-S-Bahn sei eine sog. Marktanalyse - eine Kosten-Nutzen-Analyse, bei der die Potentiale pro Haltestelle ermittelt worden seien. Er weist auf das laufende Planfeststellungsverfahren für den Umbau des Bahnhofs Ulm hin und erklärt, die Abwicklung des S-Bahn-Verkehrs werde separat über den Bahnsteig 5 erfolgen. Ebenso wichtig wie ein eigener Bahnsteig seien moderne, fahrgastfreundliche Fahrzeuge – ab 2016 mit elektrischem Antrieb. Die abschließende Umsetzung der Regio-S-Bahn Donau-Iller sei noch schwer abzusehen, Ziel sei jedoch das Erreichen des Endzustands bis 2025. Die betroffenen Nachverkehrsverbände (DING etc.) seien in das Verfahren eingebunden und in den entsprechenden Arbeitskreisen vertreten. Ebenso eingebunden sei die DB Netze als Eignerin der Gleise als auch die DB Service hinsichtlich der Haltepunkte.

BM Kuhlmann stellt zur Anfrage von StR Keil klar, ein Deal mit der Deutschen Bahn zur Beschleunigung der Elektrifizierung scheitere an der Ausschreibungspflicht der Leistung.

StR Weber erkundigt sich nach der Zusammenarbeit zwischen den Regionalverbänden Donau-Iller und Bodensee-Oberschwaben.

StR Funk interessiert, wer die Kosten für die Ausgestaltung weiterer Haltepunkte tragen wird. Im Hinblick auf die Aussage der Grünen-Fraktion stellt er klar, dass ein leistungsfähiges Straßennetz ebenso wichtig sei wie ein leistungsfähiges Schienennetz.

Herr Riethe erläutert, mit den benachbarten Regionalverbänden bestehe ein reger Austausch. Er nennt hierzu exemplarisch die Themen "Südbahn" sowie die "Elektrifizierung".

Bei der Reaktivierung bzw. Neueinrichtung von Haltestellen seien verschiedene Betreibermodelle denkbar – refinanziert werden könnten die anfallenden Kosten z. B. über eine vom S-Bahn-Betreiber gewährte Pauschale/ Halt. Hinsichtlich einer attraktiven Umfeldgestaltung (Park&Ride-Parkplätze, günstige Busanbindung etc.) seien jedoch in jedem Fall die Kommunen gefordert.

Zum Thema Windenergie informiert er, im Verbandsgebiet seien derzeit 5 Windkraftstandorte ausgewiesen, die zu gut zwei Dritteln belegt seien. Große Windkraftanlagen seien ausschließlich innerhalb der für diesen Zweck ausgewiesenen Gebiete zulässig. Anfragen für weitere Standorte lägen bereits vor – auch der Wirtschaftsminister unterstütze eine Ausweisung weiterer Standorte bzw. die Ausweitung bestehender Vorranggebiete. Nachdem seitens der Anlagenbetreiber Zweifel an der Aussagekraft der ursprünglichen Winddaten des Deutschen Wetterdienstes bestanden hätten, sei eine neue Datenerhebung durchgeführt worden, die deutlich höhere Windwerte geliefert habe. Voraussichtlich im März diesen Jahres werde eine Ausweitung der Vorranggebiete in der Verbandsversammlung beraten.

Damit hat der Bauausschuss Kenntnis genommen.

TOP 2.2 Ampelschaltung am Bismarckring

BM Kuhlmann schickt voraus, die "Grünen Wellen" in Biberach würden entgegen der Darstellung in der Presse im Wesentlichen funktionieren. Dies habe – zumindest bis Mitte Sommer 2010 – auch für die Ampelschaltung am Bismarckring gegolten. Im Zusammenhang mit der softwaretechnischen Umstellung im Zuge der Busbeschleunigung seien jedoch Probleme aufgetreten, die bis dato nicht gelöst werden konnten. Grund hierfür sei aus seiner Sicht nicht die für die Busbeschleunigung entfallene Fahrspur sondern vielmehr die Einstellung der Ampelanlagen. Hierzu begrüßt er Herrn Schilling von den Stadtwerken als Auftraggeber der Maßnahme sowie die mit der Aufrüstung beauftragten Firmen Stührenberg, Herrn Kirschke, sowie Herrn Wolfram vom Ingenieurbüro Wolfram.

Herr Schilling erläutert, die softwaretechnische Umstellung der Ampelanlagen am Bismarckring sei im Juni beauftragt worden und müsste eigentlich bereits abgeschlossen sein; die Ampelschaltung wieder entsprechend dem vorherigen Status Quo funktionieren. Der für die Umstellung festgelegte Zeitrahmen – für den man wegen des geringeren Verkehrsaufkommens bewusst die Sommerferien gewählt habe – sei von den ausführenden Firmen jedoch nicht eingehalten worden. Auch mehrere Abstimmungsgespräche sowie die beiden zwischenzeitlich gesetzten, erneuten Fristen seien ohne eine nennenswerte Verbesserung der Situation verstrichen.

Herr Kirschke betont, die Fa. Stührenberg habe den Austausch der Steuergeräte wie beauftragt vorgenommen, die notwendige Hardware stehe seit Oktober für die verkehrstechnische Programmierung durch die Fa. Wolfram bereit.

Herr Wolfram erinnert daran, dass die ursprüngliche "Grüne Welle" am Bismarckring vom Ingenieurbüro Wolfram mit Hilfe eines aufwändigen Systems eingerichtet wurde und diese Umstellung damals rund ein dreiviertel Jahr in Anspruch genommen habe.

Grundgedanke der Umstellung sei die Aufrüstung des Systems für die geplante Busbeschleunigung auf der bestehenden Struktur gewesen, die man damals mit viel Aufwand erzeugt habe. Keiner habe damit gerechnet, dass das Vergleichsangebot der Fa. Stührenberg – das die Aufrüstung bei gleichzeitigem Einbau neuer Steuergeräte vorsah – günstiger ausfällt als das Angebot der Fa. Signalbau Huber für die Aufrüstung der Bestandsgeräte. Durch die Beauftragung der Fa. Stührenberg bzw. den Einbau neuer Steuergeräte habe man auf die bestehende Struktur nicht mehr zurückgreifen können. Der Hauptaufwand der Programmierung bestehe daher in der Erstellung einer neuen Grundstruktur, die eine Busbeschleunigung verkrafte, ohne zu langen Wartezeiten für den Individualverkehr zu führen. Erschwert worden sei diese Arbeit durch den mehrmaligen Ausfall der Steuerelemente, durch die Straßenbaumaßnahmen in der Innenstadt sowie durch das zwei Wochen andauernde Schneechaos. Er erläutert die notwendigen Arbeitsschritte und Zusammenhänge sowie die Ziele im Einzelnen.

Auf Nachfrage von BM Kuhlmann versichert er, die "Grüne Welle" sei vergangene Woche vom Grundsatz her fertiggestellt worden – allerdings seien noch zeitlich aufwändige Feinjustierungen vorzunehmen. Einen endgültigen Fertigstellungszeitpunkt könne er nicht nennen – ohnehin sei der ursprüngliche Zustand mit der geplanten Busbeschleunigung nicht mehr zu erreichen. Auf den Individualverkehr werde sich diese in jedem Fall negativ auswirken.

BM Kuhlmann betont, der Stadt sei im Vorfeld gutachterlich zugesichert worden, dass sich die geplante Busbeschleunigung nicht nachteilig auf den Individualverkehr auswirkt. Auch zeigt er sich irritiert, dass die technische Umsetzung der doch im Vorfeld bereits klar beschriebenen Struktur nicht funktioniert, obwohl die Zeitvorgaben eindeutig formuliert wurden. Er bedauert, dass es keine rechtliche Handhabe gebe, um diesbezüglich mehr Druck auszuüben.

StR Pfender merkt an, die Grünphasen für den Kfz-Verkehr würden sich in Biberach auf allenfalls 2-3 aufeinanderfolgende Ampeln beschränken. Funktionierende "Grüne Wellen" sehe er hierin und damit in Biberach nicht. Den Ausführungen von Herrn Wolfram habe er nicht folgen können. Fakt sei, dass sowohl die Soft- als auch die Hardware funktionieren müsse. Beides sei nicht der Fall – so seien die Ampeln bei kalter Witterung wiederholt ausgefallen. Er plädiert dafür, die Firmen notfalls zu wechseln, sofern die Firmen Stührenberg und Wolfram die bestehenden Probleme nicht in den Griff bekommen sollten. Auch bittet er um eine konkrete Aussage, bis wann die "Grünen Wellen" im Stadtgebiet nahtlos funktionieren werden.

StR Keil stellt fest, dass die Ampelschaltung einem ganzen Bündel an Erfordernissen gerecht werden und man sich daher wohl von durchgängigen "Grünen Wellen" verabschieden müsse. Ziel sei es insbesondere, die rasche Erreichbarkeit der Arbeitsplätze sowie der Schulen in den Morgenstunden zu gewährleisten. Die geplante Busbevorrechtigung sei hierfür unabdingbar. Auch er habe eine Auskunft dazu erwartet, wann die Ampelschaltung am Bismarckring wieder voll funktionsfähig sein wird. Er wirft die Frage auf, ob der selbstgesteckte Anspruch eventuell zu hoch sei und man vielleicht besser auf ein einfacher gestricktes Modell für die Ampelschaltung zurückgreife. In der derzeitigen Situation sehe er auch eine Sicherheitsgefährdung.

StR Compter lässt wissen, den schwer verständlichen Vortrag von Herrn Wolfram habe sich der Bauausschuss selbst zuzuschreiben, da man die Gründe für die unzureichende Ampelschaltung hören wollte. Es zeige sich wieder, dass die Hard- und Software wie beim PC-Kauf vom gleichen Anbieter bezogen werden müsse, um Probleme zu vermeiden. Werde die Feinjustierung nun lediglich im 4-Wochen-Rhythmus vorgenommen, dauere die Einstellung noch ewig. Er erkundigt sich, wie andere Städte mit diesem Thema umgehen.

StR Weber merkt an, die Ampelschaltung am Bismarckring könne nicht allen Wünschen gleichzeitig gerecht werden. Er spricht sich für die vorgesehene Busbeschleunigung, einen Radweg entlang des Rings sowie eine höhere Priorität der Fußgänger aus. Wenn es gelinge, den Fahrverkehr etwas aus der Stadt zu halten, werde die Verkehrsführung auch besser funktionieren.

BM Kuhlmann betont, Prämisse für die Busbeschleunigung sei die Aufrechterhaltung des bestehenden, funktionsfähigen Systems gewesen. Dass dies möglich ist, habe die Firma Gefas als beauftragter Gutachter zugesichert.

StR Funk sieht ohne entsprechende Handhabe keine Möglichkeit, hier zu einer brauchbaren Lösung zu kommen. Er bittet darum, den Tagesordnungspunkt nochmals in nichtöffentlicher Sitzung aufzurufen, um die weitere Vorgehensweise zu klären.

StR Abele stellt fest, mit einer zufriedenstellenden Lösung sei in absehbarer Zeit wohl nicht zu rechnen. Ihn interessiert, in welcher Form bislang Druck auf die beauftragten Firmen ausgeübt wurde und bittet diese zu einer Aussage aufzufordern, ob sie sich zu einer Lösung des Problems überhaupt imstande sehen. Auch die Aussage von Herrn Wolfram zu den Auswirkungen der Bus-

beschleunigung mache ihn stutzig. Voraussetzung des Votums pro Busbeschleunigung sei die Zusage gewesen, dass damit keine Einschränkungen für den Individualverkehr einhergehen. Er bittet zu diesem Thema in einer der nächsten Bauausschusssitzungen um entsprechenden Bericht.

StR Zügel schließt sich dem an und betont, einer Beschleunigung des Busverkehrs zulasten des Kfz-Verkehrs, d. h. einer Verschlechterung des Status Quo, werde nicht zugestimmt.

BM Kuhlmann sagt den gewünschten Bericht zu und wird hierzu die Fa. Gefas einladen, auf deren Aussage vertrauend man die Busbeschleunigung in Angriff genommen habe. Er betont nochmals, Voraussetzung für die Umsetzung der Busbeschleunigung sei, dass diese den Individualverkehr nicht negativ beeinflusst.

Das System der "Grünen Wellen" in Biberach werde man dem Bauausschuss bei Gelegenheit vorstellen – abgesehen vom Bismarckring seien diese nahezu uneingeschränkt funktionsfähig.

Den mit der Umstellung beauftragten Firmen Stührenberg und Wolfram habe man mehrfach Nachfristen gesetzt. Gleichzeitig prüfe man derzeit die rechtliche Möglichkeit einer Vertragsstornierung und Neubeauftragung. Hierauf werde er in nichtöffentlicher Sitzung noch näher eingehen. Das ständige Vertrösten durch die Firmen sei jedenfalls nicht tragbar.

Herr Rechmann führt aus, die mehrfach aufgetretenen Ausfälle von Lichtsignalanlagen seien auf den Kondensator hinter den LEDs und damit nicht auf die Arbeit der Firmen Stührenberg und Wolfram zurückzuführen. Der Kondensator bereite in vielen Städten Probleme und müsse jeweils ausgewechselt werden.

Auf den Vorschlag von StR Zügel, gegebenenfalls die Ausschaltzeiten einzelner Ampelanlagen zu verlängern, betont BM Kuhlmann, das diesbezügliche Konzept habe man bereits umgesetzt. Weitergehende Ausschaltphasen seien aus verkehrsrechtlichen Gründen nicht machbar.

StR Herzhauser hält es für unglaublich, dass die Feinjustierung der Ampelschaltung am Bismarckring in der heutigen Zeit noch durch eine Verkehrsbeobachtung vor Ort vorgenommen wird. Eine Fernwartung wie bei Heizungsanlagen müsse doch möglich sein. Die absolut unzureichende Ampelschaltung zeige sich an der Kreuzung Bismarckring/ Ulmer-Tor-Straße/ Zeppelinring, wo sich der vom Zeppelinring kommende Verkehr in den letzten Wochen täglich bis zur LBS zurückstaue.

Damit hat der Bauausschuss Kenntnis genommen.

TOP 2.3 Unterhaltungsmaßnahmen Anl. 3 über 10.000 € - Erläuterungen

Dem Bauausschuss liegt der dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Bericht zur Anlage 3 des Haushaltsplanes - die Erläuterung der Maßnahmen über 10.000 € vor deren Umsetzung - zur Kenntnisnahme vor.

StR Abele plädiert dafür, den Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung des Bauausschusses zu vertagen.

BM Kuhlmann trägt dies mit – nachdem es sich lediglich um eine Information handle, stehe einer Bewirtschaftung der Mittel nichts entgegen. Er bittet die Fraktionen, bestehende Fragen zu diesem Thema Herrn Walz im Vorfeld zukommen zu lassen.

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Bauausschusssitzung vertagt.

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 234/2010 zur Kenntnisnahme vor.

StR Abele interessiert, ob die Kosten der Sanierungserfolgskontrolle bezuschusst werden oder ob diese komplett von der Stadt Biberach getragen werden müssen. Die Auswirkungen der Aktiv-Entgasung auf die benachbarten (Wohn-)gebäude bittet er darzustellen.

StR Nuding erkundigt sich nach der Höhe der Gasproduktion und deren Nutzungsmöglichkeiten. Er möchte wissen, welche Maßnahmen zum Schutz der Angrenzer getroffen werden und über welchen Zeitraum die Erfolgskontrollen durchzuführen sind. Angesichts der Insolvenz der Fa. Eco-soil interessieren ihn die Erfolgchancen für eine ordnungsgemäße Mängelbeseitigung.

StR Zügel zeigt sich angesichts der hohen Investitions- als auch der laufenden Kosten ernüchert. Er zweifle mittlerweile an der gewählten Sanierungsart, die dem Bauausschuss als das Non-plus-ultra verkauft worden sei.

StRin Sonntag plädiert für die Nutzung der anfallenden 170.000 m³ Methan/ Jahr mittels einer Mikroturbine. Sie erkundigt sich nach den Gründen für die Verzögerung der Aktiv-Entgasung und sieht im Hinblick auf die benachbarte Wohnbebauung dringenden Handlungsbedarf.

Herr Rechmann erläutert, im Jahr 2014 werde eine Bewertungskommission - bestehend aus der LUBW, dem Regierungspräsidium sowie dem Landratsamt - über den Fortgang der Sanierungsmaßnahme entscheiden. In den Kosten der Sanierungserfolgskontrolle seien die erforderlichen Messungen für Gas, Wasser und eventuelle Setzungen sowie die Unterhaltungskosten für die Grundwasserreinigungsanlage etc. enthalten. Der bewilligte Zuschuss-Erhöhungsantrag mit einem Fördersatz von 56,35% beinhalte auch diese Kosten der Erfolgskontrolle. Ein entsprechender Fördersatz sei bereits für die Jahre 2012-2014 in Aussicht gestellt worden.

Ausschlaggebend für die Nutzungsmöglichkeiten des entstehenden Methans sei dessen Qualität und Zusammensetzung. Nach Prüfung durch das Ingenieurbüro als auch durch einen Angehörigen der Fachhochschule rechne sich eine Nutzung des Methans nicht, zumal dessen Menge stark schwanke.

Zum Schutz der Angrenzer sehe der Sanierungsplan aus dem Jahr 2004 den Einbau von Sensoren in den angrenzenden Gebäuden vor, die im Ernstfall anschlagen würden. Ob dieser Einbau tatsächlich notwendig wird, werde ein erneutes Gutachten zeigen und könne daher erst Mitte 2011 abschließend beurteilt werden. Die Aktiv-Entgasung selbst habe er bislang bewusst zurückgestellt, da die Größenordnung und damit die möglichen Alternativen zur Behandlung des anfallenden Methans aufgrund der starken Schwankungen nicht klar erkennbar gewesen seien. Im April finde hierzu ein abschließender Termin mit dem Landratsamt statt, bei dem die Entscheidung "Fackel" versus "Biogasfilter" getroffen werde.

Zur Insolvenz der Firma Ecosoil berichtet er, nachdem 50.000 € aus der Schlussrechnung noch nicht ausbezahlt wurden, könnten die derzeit bekannten Mängel aus diesen Mitteln bestritten werden.

Auf Nachfrage von StRin Sonntag erklärt Herr Rechmann, das entstehende Gas werde momentan über Drainageleitungen abgezogen und in die Atmosphäre abgegeben.

Damit hat der Bauausschuss Kenntnis genommen.

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 235/2010 zur Vorberatung vor.

BM Kuhlmann schickt voraus, die Vermarktung der Grundstücke in den Bauabschnitten Talfeld I und II laufe mittlerweile sehr gut – dies gelte insbesondere auch für die Bebauung entlang der Telawiallee, bei der man von den ursprünglich geplanten Reihenhäusern abgerückt sei und eine Bebauung mit Mehrfamilienhäusern ermöglicht habe. Alle vier Grundstücke in diesem Bereich seien zwischenzeitlich vergeben und würden im Sommer bebaut. Aus demselben Grund sei nun eine nachfrageorientierte Anpassung des Bebauungsplans "Talfeld III" vorgesehen.

StR Keil erkundigt sich, ob bzw. inwieweit die Änderungen in die Grün- bzw. Verkehrsplanung des Baugebiets eingreifen werden. Er signalisiert seine Zustimmung und wünscht sich eine zeitnahe Bebauung des Bauabschnitts, um die Belästigungen für die Grundstückseigentümer in diesem Bereich möglichst gering zu halten.

StR Compter stellt fest, dass hier häufig nachjustiert werde, trägt die Änderungen zur Festigung der Nachfrage jedoch mit.

StR Weber hinterfragt die häufigen Änderungen und möchte wissen, ob nicht eine Art Vertrauensschutz für die Nachbarn/ Grundstückseigentümer bestehe.

StR Funk möchte sichergestellt wissen, dass bei einer Verdichtung der Bauweise auch die benötigten Besucherparkplätze nachgewiesen werden. Bei einer höheren Ausnutzungsmöglichkeit der Grundstücke seien auch die m²-Preise anzupassen - weitere Stellplätze könnten ggf. aus diesen Mehreinnahmen bestritten werden.

StR Abele erkundigt sich, ob von den Nachbarn Bedenken hinsichtlich der geplanten Änderungen zu erwarten seien und merkt an, dass der Hauptausschuss doch je nach Bebauungsmöglichkeit (Einfamilienhaus; Geschosswohnungsbau) unterschiedliche Preise beschlossen habe.

BM Kuhlmann erläutert, der Grundstückspreis sei bei einer bis zu III-geschossigen Bebauung auf 175,- € pro m², ab vier Geschossen auf 195,-€ pro m² festgelegt worden.

Frau Christ betont, dass sämtliche nun vorgesehenen Änderungen im Rahmenplan bereits enthalten und für die Käufer damit ersichtlich waren. Sie stellt die wesentlichen Änderungen – die zum Großteil klarstellenden Charakter hätten - nochmals im Detail vor. So werde die Lage und Höhe der Tiefgarage des Mehrfamilienhauses am Quartiersplatz sowie die Lage und Ausmaße der Garagen auf dem Garagengrundstück im Stichweg der Telawiallee klar definiert. Dies schaffe Sicherheit sowohl für den Erwerber der Grundstücke als auch für die Nachbarn. Auch im 3. Bauabschnitt gebe es klarstellende Regelungen hinsichtlich der Lage der Garagen, um so die konkreten Voraussetzungen für die Errichtung von Mehrfamilienhäusern zu schaffen. Zudem werde die zulässige Gebäudeoberkante der Winkelbungalows nach oben korrigiert, um den gestiegenen Anforderungen in energetischer Hinsicht - einer stärkeren Dämmschicht - gerecht zu werden.

BM Kuhlmann ergänzt, nachdem das Grundkonzept des Bebauungsplans nicht verändert werde, sehe er kein Problem des Vertrauensschutzes.

Auf Nachfrage von StR Funk erklärt Frau Christ, die Bewohnerzahl erhöhe sich im Baugebiet zwar, dies regle sich jedoch über die Stellplatzforderung, nach der für ein Einfamilienhaus 2 Stellplätze, bei einer zusätzlichen Einliegerwohnung 3 Stellplätze auf dem Baugrundstück nachzuweisen seien. Für Mehrfamilienhäuser gelte ein Stellplatzschlüssel von 1,5 Stellplätzen pro Wohnung. Öffentliche Stellplätze seien entlang der Telawiallee als auch entlang der Erschließungsstraßen und damit aus Sicht der Verwaltung in ausreichender Zahl vorhanden. Eine Erhöhung der öffentlichen Stellplätze gegenüber dem Bestand sei nicht vorgesehen.

BM Kuhlmann sagt StR Funk zur Gemeinderatssitzung die konkrete Anzahl der Bewohner, die sich durch die heute zu beratende Bebauungsplanänderung jedoch allenfalls marginal erhöhen werde, sowie die Zahl der öffentlichen Stellplätze zu.

Auf Anfrage von StR Herzhauser erklärt Frau Christ weiter, zwischen Garagen und der öffentlichen Verkehrsfläche sei ein Mindestabstand von 1 m einzuhalten. Die Schaffung eines größeren Garagenvorplatzes obliege dem Bauherrn. Ein solcher werde jedoch nicht als notwendiger Stellplatz anerkannt. Parkmöglichkeiten für Besucher fänden sich entlang der Erschließungsstraßen, nicht jedoch in den Stichwegen selbst.

StR Funk stellt fest, dass das alte Konzept mehr Einfamilienhäuser vorgesehen habe, bei denen eher Besucherparkplätze auf dem Grundstück selbst zur Verfügung stünden als bei den jetzt zur Ausführung kommenden Mehrfamilienhäusern.

BM Kuhlmann stellt klar, dass die heute zu beratende Bebauungsplanänderung – abgesehen von einem einzigen Grundstück – keine Änderungen des Gebäudetyps vorsehe. Eine bedeutendere Rolle spiele in diesem Zusammenhang die bereits erfolgte Freigabe der geplanten Reihenhäuser für den Geschosswohnungsbau im Bauabschnitt I.

Ohne weitere Aussprache empfiehlt der Bauausschuss dem Gemeinderat daraufhin bei 1 Enthaltung mehrheitlich, entsprechend den Beschlussanträgen der Verwaltung zu beschließen.

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 230/2010 zur Beschlussfassung vor.

StR Nuding verweist auf die Probleme mit der Fa. Grüner & Mühlischlegel, die sogar in eine gerichtliche Auseinandersetzung mündeten und hinterfragt vor diesem Hintergrund die Vergabe der Maurerarbeiten sowie der Garten- und Landschaftsarbeiten an diese Firma. Für letztere gebe es zudem deutlich versiertere Firmen.

Herr Walz sieht rechtlich keine Möglichkeit, die Fa. Grüner & Mühlischlegel von der Vergabe auszuschließen. Er betont, dass in den betreffenden Gewerken ohnehin keine umfangreichen Arbeiten zu erwarten seien.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss daraufhin bei 2 Enthaltungen mehrheitlich folgenden Beschluss:

Die Jahresarbeiten im Wege des Turnus für das Jahr 2011 werden gemäß den Bestimmungen den nachstehend genannten Unternehmen übertragen.

Unternehmen	Adresse
Maurerarbeiten	Grüner & Mühlischlegel GmbH & Co. KG Leipzigstraße 33 88400 Biberach
Fliesenlegerarbeiten	Herrn Enver Tahiri Saulgauer Straße 10 88400 Biberach
Gipserarbeiten	Thomas Reichle GmbH Meisenweg 52 88400 Biberach
Zimmererarbeiten	Schick + Knorr GbR Rindenmoos Auwiesenstraße 28 88400 Biberach
Schreinerarbeiten	Herrn Ernst Oechsle Köhlesrain 50 88400 Biberach
Heizungsarbeiten	Brenner Gebr. GmbH Ziegelhausstraße 60 88400 Biberach
Sanitärarbeiten	Stumpf & Müller Biberach GmbH Aspachstraße 12 88400 Biberach

Glaserarbeiten	Herrn Franz Daiber Ringschnait Im Graben 6 88400 Biberach
Schlosserarbeiten	Bau- und Drahtschlosserei Gabler Herrn Eberhard Zeller Bleicherstraße 47 88400 Biberach
Flaschnerarbeiten	Kallenberg GmbH Herrn Theodosios Patsiatzis Saulgauer Straße 50 88400 Biberach
Malerarbeiten	Malerwerkstätten Max Kolesch Waldseer Str. 38-40/1 88400 Biberach
Raumausstattearbeiten	Raumausstatte Dieter Kolesch Felsengartenstr. 6 88400 Biberach
Elektroarbeiten	Alb-Elektrik Huber GmbH Oberer Stegwiesen 28 88400 Biberach
Dachdeckerarbeiten	Hellgoth Georg GmbH & Co. KG Bleicherstraße 41/1 88400 Biberach
Hafnerarbeiten	Xeller GmbH Viehmarktstraße 4 88400 Biberach
Rolladenbauarbeiten	Herrn Jürgen Schweikhardt Schulze-Delitzsch-Weg 4 88400 Biberach
Straßenbauarbeiten	Fuß Bau GmbH Stresemannstr. 20 88400 Biberach
Garten- und Landschaftsbauarbeiten	Grüner & Mühlshlegel GmbH & Co. KG Leipzigstraße 33 88400 Biberach
Zaunbauarbeiten	Bau- und Drahtschlosserei Gabler Herrn Eberhard Zeller Bleicherstraße 47 88400 Biberach

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 232/2010 zur Beschlussfassung vor.

StR Abele begrüßt das Instrument der Ortsbesichtigungen zur Entscheidungsfindung, vermisst in der Vorlage jedoch die Darstellung verschiedener Lösungsmöglichkeiten, wie ein Abhängen der Decken bzw. den von StR Heinkele vorgeschlagenen Einsatz von Rosetten anstelle eines Austauschs der Deckenplatten. Angesichts der teils dringlichen, teils noch zu überarbeitenden Maßnahmen bittet er die weitere Vorgehensweise zu klären.

StRin Kübler stellt fest, dass die Sicherheit im öffentlichen Raum eine hohe Priorität genieße und zeigt sich froh darüber, dass der Brand in der Stadtbücherei letztlich glimpflich verlaufen sei. Sie erkundigt sich, wie die unsachgemäß verbauten Leuchten damals überhaupt abgenommen werden konnten und bittet eventuelle Regressmöglichkeiten zu prüfen. Die Investitionssumme in Höhe von 192.000 € habe sie angesichts der zunächst vorgesehenen 36.000 € erschreckt - zwar spreche die Vorlage von einem guten Preis-/ Leistungsverhältnis, dieses sei mangels dargestellter Alternativen für das Gremium jedoch nicht nachvollziehbar bzw. beurteilbar. Anspruch müsse eine optimale Beleuchtung der jeweiligen Bereiche der Stadtbücherei bei niedrigen Folgekosten sein. Die Schadensbehebung im Erdgeschoss stehe außer Frage, das umfassende Beleuchtungskonzept für die Stadtbücherei bittet sie jedoch solange zu vertagen, bis Alternativen vorliegen. Sie schlägt vor, das Thema im Rahmen der vorgesehenen Klausur zu beraten.

Auch aus Sicht von StR Rieger fehlt es der Vorlage für eine fundierte Entscheidung an der Darstellung möglicher Alternativen. Vor diesem Hintergrund erkundigt er sich nach der Tragweite, falls der Bauausschuss die Entscheidung in dieser Sache heute vertagen sollte. Aus Gründen der Prävention sei eine zeitnahe Umsetzung notwendig, gesunde Lichtverhältnisse im Gebäude dabei unabdingbar.

StRin Sonntag bittet darum, die Hintergründe für den fehlerhaften Einbau der Leuchten vor 16 Jahren aufzuklären. Dass Halogenstrahler von hinten belüftet sein müssen, sei immerhin nichts Neues. Sie stellt fest, dass gegenüber der ursprünglichen Planung nun das 6-fache an Kosten zur Debatte stehe und hinterfragt die Notwendigkeit der geplanten, aus ihrer Sicht äußerst starken Beleuchtung für die Lesekojen. Angesichts der Diskussion um den Austausch der Deckenplatten befürchtet sie einen regelrechten Flickenteppich und plädiert dafür, die diesbezügliche Entscheidung nicht über's Knie zu brechen sondern stattdessen nach einer ansprechenden Lösung zu suchen.

StR Funk erkundigt sich nach der Nutzungsdauer der bestehenden sowie der neuen Beleuchtung und bittet die Verwaltung, die für den Schaden Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Ihn interessiert, welche Kosteneinsparung sich im laufenden Betrieb durch die neuen, energetischen Leuchten erzielen lässt und signalisiert – wenn auch ungern – seine Zustimmung.

BM Kuhlmann weist darauf hin, dass bis zum Austausch der Leuchten nach wie vor ein Brandrisiko bestehe, welches es umgehend zu beseitigen gelte. Darüber hinausgehende, verschönernde Maßnahmen, könnten dagegen zurückgestellt werden.

Er betont, die Verwaltung habe die Verantwortlichkeiten für den Einbau der brandschutzrechtlich zu beanstandenden Beleuchtung rechtlich bereits geprüft.

Herr Walz führt hierzu aus, ein Rückgriff auf die damals Beteiligten sei heute nicht mehr möglich. Die bestehende Beleuchtung sei mittlerweile seit 15 Jahren eingebaut. Für die neue Beleuchtung sei eine Lebensdauer von 20 Jahren aufwärts zu erwarten, wobei an Strom- und Unterhaltungskosten pro Jahr ca. 12.000 € eingespart werden könnten. Die Kosten der neuen Beleuchtung würden sich damit auf die Lebensdauer bezogen amortisieren. Zur Frage von StRin Sonntag hinsichtlich der Belichtung der Lesekojen stellt er fest, dass neben dem Lesen an den Tischen insbesondere auch ein müheloses Erkennen der Buchrücken in der untersten Reihe möglich sein müsse. Die geplanten Leuchten seien hierfür nicht überzogen – die Mediothek des PG/ WG werde im Vergleich hierzu mit weit über 1000 lux ausgeleuchtet.

Bei dem ursprünglichen Kostenansatz von 36.000 € sei man davon ausgegangen, dass – wie im Erdgeschoss – in allen Geschossen eine reine Sanierung ausreichend ist. Dies sei wegen des unterschiedlichen Deckenaufbaus in den oberen Geschossen (zwischen 0 – 8 cm Luftraum) jedoch nicht der Fall. Insgesamt habe der Gutachter 260 Deckeneinbaustrahler massiv bemängelt, die umgehend auszutauschen seien. In den Büroräumen, in denen die gestalterischen Anforderungen nicht so hoch seien, habe man deshalb mit dem Austausch bereits im Jahr 2010 begonnen. Die Verwendung von Rosetten habe man im Vorfeld der Maßnahme bereits diskutiert und wieder verworfen – man werde diese Möglichkeit jedoch gerne nochmals prüfen. Bei der von StR Abele angesprochenen Alternative – einem Abhängen der Decken - gehe die Wirkung des Balkenwerks verloren, was er aus gestalterischer als auch aus denkmalschutzrechtlicher Sicht für bedenklich halte.

Er schlägt daher vor, im Erdgeschoss den notwendigen Luftraum für die Leuchten zu schaffen und in den oberen Geschossen die bei der Besichtigung vorgestellten Deckenleuchten zu installieren. Die Entscheidung bezüglich der LED-Spots für die Lese-/ PC-Bereiche werde man dagegen nochmals überdenken.

Auf Nachfrage von BM Kuhlmann beziffert er die Kosteneinsparung bei einer Verwendung von Rosetten auf ca. 11.000 -12.000 €.

StR Abele bemängelt, dass dem Bauausschuss angesichts der Eilbedürftigkeit der Maßnahme die Entscheidung praktisch aufgezwungen werde und bittet die Verwaltung, künftig darauf zu achten, dass auch alternative Lösungen aufgezeigt werden.

Herr Walz merkt an, dass man verwaltungsintern einige Lösungsmöglichkeiten geprüft und wieder verworfen habe und versichert, dass es sich bei der vorgeschlagenen Variante um keinen Luxus, sondern um eine funktionale und ansprechende Lösung handle.

StR Funk bittet derartige, interne Prüfungen in der Vorlage künftig ebenso mit darzustellen wie Informationen zur Amortisation der Maßnahme. Er betont die Notwendigkeit eines Gebäudekatasters und signalisiert seine Zustimmung.

StR Keil stellt fest, dass die Bücherei ein Markenzeichen der Stadt sei und der Architekt – zumindest gestalterisch (Treppe, Dachfenster etc.) – auch viel Positives bewirkt habe.

BM Kuhlmann sagt die Darstellung von Alternativen sowie einer Wirtschaftlichkeitsberechnung für künftige Vorlagen zu.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss daraufhin einstimmig folgenden Beschluss:

- 1. Die Beleuchtung der Stadtbücherei wird 2010/11 und 2012 mit Gesamtkosten von 192.000 € komplett erneuert.**
- 2. Der Bauabschnitt 2010/11 umfasst den Austausch der Halogeneinbauleuchten im EG, eine komplett neue Beleuchtung im Obergeschoss und eine teilweise neue Beleuchtung im 1. und 2. Dachgeschoss als Ersatz für die unzulässigen Halogeneinbauleuchten mit voraussichtlichen Kosten von 95.200 €.**
- 3. Die Finanzierung des Bauabschnitts 2010/11 erfolgt durch 2010 bereitgestellte Mittel in Höhe von 35.700 € und weiteren 59.500 € im Jahr 2011. Der Sperrvermerk auf der Haushaltsstelle 1.3520.500000.6 in Höhe von 59.200 € wird aufgehoben.**

Die abschließende Entscheidung hinsichtlich der Beleuchtung der Lese-/ Bildschirmbereiche wird dabei noch um 1-2 Wochen zurückgestellt.

TOP 6.1 Bekanntgaben: Winterdienst - Auswirkungen des Salz mangels

Herr Merkle informiert den Bauausschuss über die Auswirkungen des Streusalzmangels. So seien von den Firmen bereits Mitte Dezember keine Salzbestellungen mehr angenommen worden – der Streusalzpreis selbst sei nach oben geschneilt. Aus ökologischen als auch aus ökonomischen Gründen versuche das Baubetriebsamt nun vermehrt, Streusalz einzusparen. So werde auf den Geh- und Radwegen mit weniger als 7% Steigung nur noch Splitt ausgebracht, an steileren Abschnitten sei der Einsatz eines Salzgemischs dagegen unverzichtbar. Auch auf den Hauptverkehrsstraßen sowie den Haupteinfahrstraßen habe man den Salzauftrag – auf ebenen Streckenabschnitten – reduziert. Insgesamt ergebe sich so eine Streusalzeinsparung von rd. 4 t pro Einsatz.

Er betont, dass das Streusalz nur noch für 5-10 Einsatztage ausreichen wird und plädiert dafür, sich über eine Erhöhung der Salzlagerkapazitäten Gedanken zu machen. Dies sei der einzige Weg, um bei Streusalzengpässen künftig nicht mehr erpressbar zu sein.

Damit hat der Bauausschuss Kenntnis genommen.

TOP 7.1 Verschiedenes: Umgehungsstraße Ringschnait

StR Keil erkundigt sich nach dem Sachstand.

BM Kuhlmann informiert das Gremium über den diesbezüglichen Arbeitskreis des Landkreises, in dem auch die Stadt Biberach vertreten sei. Die benötigten, aktuellen Verkehrszahlen lägen zwischenzeitlich vor und würden dem Ortschaftsrat voraussichtlich im Februar/ März 2011 vorgestellt. Parallel seien die Umweltthemen abzuarbeiten(Lärmgutachten, Schadstoffgutachten, etc.). Die konkrete Linienfindung der Umgehungsstraße werde voraussichtlich bis zum Frühjahr 2012 abgeschlossen sein. Zu diesem Zeitpunkt werde man dann auch die Öffentlichkeit beteiligen.

TOP 7.2 **Verschiedenes: Abbruch des Stahlstegs**

StR Nuding erkundigt sich nach dem Ergebnis der Prüfung des Abbruchs durch das Landesdenkmalamt.

BM Kuhlmann informiert, nach der vorbehaltlich einer weiteren Prüfung getroffenen, ersten Aussage des Denkmalamts im Dezember letzten Jahres stehe seit letzter Woche fest, dass der Stahlsteg eine hohe Wertigkeit aufweise und daher zu erhalten sei. Im Detail werde der Steg noch von dem Mitarbeiter des Denkmalamts für Industriedenkmäler bzw. Stahlbauten untersucht. Den diesbezüglichen Termin, an dem auch die Stadt teilnehmen werde, gelte es vor einer Entscheidung zur weiteren Vorgehensweise abzuwarten. Er betont, dass eine Erhöhung des Stegs deutlich über 150.000 € bis 200.000 € kosten würde und dieser nicht, wie in der Zeitung suggeriert, auf einfache Art und Weise mit Hilfe eines Krans angehoben werden könne. Der zunächst geplante Abbruch des Stegs komme damit nicht in Betracht.

StR Rieger stellt fest, dass der Steg wegen seiner speziellen Lagerung auf sog. Pendelstützen denkmalgeschützt sei und plädiert dafür, diesen abzubauen und in das Wegekonzept im Wolfental - als Brückenbauwerk zwischen dem Grundstück Biechele und dem Baubetriebsamt - einzubeziehen. So könne man sich eine Einlagerung des Stegs auf dem Gelände des Bauhofs ersparen.

BM Kuhlmann sagt zu, diese Variante in die weiteren Überlegungen einzubeziehen. Da der Steg jedoch thematisch eng mit der Bahnstrecke zusammenhänge, zweifle er daran, dass das Denkmalamt solch eine Lösung mittragen wird.

TOP 7.3 Verschiedenes: Bau eines Technologiezentrums im Baugebiet "Aspach"

StR Nuding bezieht sich auf den zum Wintersemester 2011/2012 von der Hochschule erstmals vorgesehenen Studiengang der "Industriellen Biopharmazie" am Standort Aspach. Herr Vogel, Rektor der Hochschule, müsse die Annahme des Studiengangs erklären, wofür jedoch noch eine Aussage der Stadt bezüglich des Bauplatzes für das geplante Technologiezentrum ausstehe.

BM Kuhlmann erklärt, der Bauplatz stehe im Eigentum der Stadt. Er werde die Frage an EBM Wersch weiterleiten und sagt dem Gremium eine diesbezügliche Auskunft im Gemeinderat zu. Aus baurechtlicher Sicht sei das Vorhaben unproblematisch, da ein rechtskräftiger Bebauungsplan für den Bereich bestehe.

StR Abele bittet die Verwaltung darum, gegenüber der Hochschule klarzustellen, dass die Entwicklung sehr positiv gesehen werde.

TOP 7.4 Verschiedenes: Verkehrskonzept Innenstadt

StR Zügel erkundigt sich, wann das Vorhaben zur Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer in der Innenstadt in den Bauausschuss bzw. in den Gemeinderat eingebracht werde.

BM Kuhlmann informiert, das Konzept werde derzeit verwaltungsintern ausgearbeitet und anschließend zunächst mit dem Umweltministerium abgestimmt, nachdem die Straßenverkehrsordnung eine solche Lösung nicht vorsehe. Voraussichtlich im 2. Quartal 2011 werde das Konzept in den Gremien beraten. Sofern es Anklang finden sollte, werde man anschließend eine öffentliche Bürgerbeteiligung durchführen.

TOP 7.5 Verschiedenes: Zukunft des "Roten Ochsen", Marktplatz 24

StR Weber interessiert die Planung für den "Roten Ochsen".

BM Kuhlmann erläutert, dem Baudezernat liege kein diesbezüglicher Antrag vor. Das Gebäude stehe unter Denkmalschutz, womit ein Abbruch ausgeschlossen sei. Der neue Eigentümer beabsichtige eine Sanierung des Gebäudes – sobald es hierzu konkretere Informationen gebe, werde er den Bauausschuss unterrichten.

TOP 7.6 Verschiedenes: Endausbau des Baugebietes "Klotzholzäcker"

StR Weber berichtet, die Bewohner des Baugebietes "Klotzholzäcker" würden sich den Endausbau wünschen und bittet die Verwaltung, mit diesen ein Gespräch zu führen.

BM Kuhlmann berichtet, der Endausbau des Baugebietes sei in 2012 vorgesehen. Eine entsprechende schriftliche Information sei bereits vor Monaten an den Beauftragten der Anwohner versandt worden.

TOP 7.7 Verschiedenes: Winterdienst - Räumung von Nebenstraßen

StR Abele berichtet, die Nebenstraßen in Biberach und den Teilorten seien zum Teil stark vereist. Er erkundigt sich bei Herrn Merkle, ob zur Entschärfung der Situation auf diesen Strecken etwas Splitt ausgebracht werden könne.

Herr Merkle erklärt, er werde diesem Wunsch gerne nachkommen, betont jedoch auch, dass diese Maßnahme nur bei anhaltendem Dauerfrost längerfristig zum Erfolg führe. Sollte das Eis tagsüber antauen und nachts erneut gefrieren - wie in unseren Breiten oft der Fall - werde der Splitt in die Fläche eingefahren und dann keine Wirkung mehr zeigen. Für den Ortsteil Rißegg sei der Maschinenring mit den Räum- und Streuarbeiten betraut – diesen müsse man über die Ortsverwaltung entsprechend informieren.

TOP 7.8 Verschiedenes: Grüner Pfeil an Kreuzung Adolf-Pirrung-Straße/Bismarckring

StR Herzhauser erkundigt sich nach dem Verbleib des Grünabbiegepfeils aus der Adolf-Pirrung-Straße in den Bismarckring.

Herr Rechmann lässt wissen, dieser sei im Zuge der Neueinstellung der Ampelanlagen in diesem Bereich abgehängt worden und werde nach Abschluss der Arbeiten wieder angebracht.

Bauausschuss, 24.01.2011, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender: BM Kuhlmann

Stadtrat: Keil

Stadtrat: Zügel

Schriftführerin: Markieton

Gesehen: OB Fettback

Gesehen: EBM Wersch